

Quartiere: Gralsweg zu mehr Lebensqualität

So erhalten Wohngebiete mit besonderen Anforderungen mehr Wohn- und Lebensqualität: Die Bewohner müssen sich engagieren, um sich im Quartier besser zu integrieren und das Konfliktpotenzial zu verringern. Dann ist der ganzheitliche Ansatz, das aufeinander abgestimmte Vorgehen der Behörden gefragt. Und nicht zuletzt die Immobilienbesitzer und Liegenschaftsverwalter.

Wie kann die Wohn- und Lebensqualität in urbanen Wohngebieten mit besonderen Anforderungen verbessert werden? Vor fünf Jahren hat der Bund beschlossen, das Programm «Projets urbains – Gesellschaftliche Integration in Wohngebieten» zu lancieren. Während der abgeschlossenen ersten Phase (2008 bis 2011) wurden verschiedene Quartierprojekte in elf kleineren und mittelgrossen Städten oder Agglomerationsgemeinden zwischen Rorschach und Genf unterstützt. Bis im Jahr 2015 läuft nun die zweite Projets-urbains-Phase mit zehn weiteren Gemeinden. Nebst inhaltlichem Support sowie der Vernetzung der Gemeinden bestand die Unterstützung meist darin, dass der Bund bis zu einem Drittel der Projektkosten übernahm. Im Gegenzug konnte er von den Erfahrungen profitieren und dieses Wissen wiederum anderen Gemeinden zur Verfügung stellen. So sei nicht nur in die Hardware, sondern auch in die Software investiert worden, so Jürg Blattner, Sektionsleiter Agglomerationspolitik beim Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), am 22. Januar an einer Tagung zur Auswertung der ersten Phase in Olten.

Das Vorgehen muss vor Ort und in der Lokalpolitik breit abgestützt sein

Die Stadt am grössten Bahnknoten der Schweiz war mit dem Ostquartier aber auch selber Teil der ersten Phase (Auflistung aller Projektgemeinden am Artikelende). An einem Podiumsgespräch vor den rund 250 Tagungsgästen sagte Stadtpräsident Ernst Zingg zwar, das Programm Projets urbains alleine sei nicht ausschlaggebend gewesen für den Turnaround am rechten Aareufer. Als Impuls von aussen sei die Unterstützung des Bundes jedoch «immer wieder wichtig» gewesen. Von Bedeutung sei vielmehr, dass die Quartierentwicklung von der Bevölkerung vor Ort getragen werde und die lokale Politik hinter dem Vorgehen stehe. Auf Olten bezogen nannte Zingg die politisch breit abgestützte Schaffung einer Integrationsstelle sowie einer Stelle für Stadtentwicklung als

entscheidend auf dem Weg zur Neuausrichtung des Quartiers Olten Ost. Ein weiterer Faktor sei der ganzheitliche Ansatz des Programms Projets urbains, sagte Marcel Guignard. Laut dem Präsidenten des Schweizerischen Städteverbandes (SSV) und Stadtmann von Aarau lässt sich dieses Fazit von der West- bis in die Ostschweiz ziehen, was auch die Programmleiter in einer Mitteilung festhalten: «Massnahmen etwa in den Bereichen Wohnen, Stadt- und Raumplanung, Verkehr, Sozialwesen, Freizeit und Sport, Schule und Bildung, Kultur, Migration oder Umweltschutz müssen aufeinander abgestimmt umgesetzt werden.» Nur so könnten Raumentwicklung, Integration und Sozialpolitik, Wohnraumförderung oder Bekämpfung der Diskriminierung koordiniert werden.

Neuer Quartiertreff, Abfallinfokampagne oder umgestaltete Quartierstrasse

Doch: Was bringt einer Gemeinde die Teilnahme bei Projets urbains konkret? Nebst den Integrations- und Stadtplanungsstellen wurde in Olten beispielsweise das Begegnungszentrum Cultibo eröffnet sowie die Unterführung und der Ortseingang umgestaltet. Auch im Gyrischachen-Quartier in Burgdorf wurde ein Treff neueröffnet, der nun auch Heim für eine erfolgreich angelaufene Spielgruppe mit sprachlicher Frühförderung ist. In der Längi in Pratteln wurde eine Abfallinformationskampagne und eine neue Wertstoffsammelstelle lanciert. Und das Forum Längi soll neu als Austauschbörse für das Quartier dienen. In Rorschach dagegen wurde beispielsweise eine Quartierstrasse zu einem Begegnungsort umgestaltet – nicht zuletzt für regelmässige Quartierfeste. Oder eine Quartiergruppe wurde initiiert.

«Die Schweiz war und ist ein Zuwanderungsland», konstatierte schliesslich Mario Gattiker, Direktor des Bundesamtes für Migration (BFM). Was für die wirtschaftliche Zukunft des Landes essenziell sei, stelle den gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz vor neue Herausforderungen. Darum sei Projets

urbains auch so wichtig. Der Bund sei überdies gewillt, im Rahmen der Revision des Ausländergesetzes zu prüfen, wie das Programm auch über das Pilotprojekt hinaus finanziert werden könne.

Der Bund wünscht sich immer mehr teilnehmende Gemeinden

«Die bisher realisierten Projets urbains zeigen, dass wir die Verknüpfung von Fragen des Zusammenlebens mit städtebaulichen Herausforderungen am besten auf Quartierebene und unter Mitwirkung aller betroffenen und interessierten Kreise anpacken», lässt sich ferner Maria Lezzi zitieren. Und die Direktorin des ARE wünscht sich, dass sich in den nächsten Jahren immer mehr Gemeinden für Ansätze der integrativen Quartierentwicklung motivieren lassen. Unter Federführung des ARE sind mit dem BFM sowie den Bundesämtern für Wohnungswesen und Sport (bis 2011) sowie der Fachstelle für Rassismusbekämpfung und der Kommission für Migrationsfragen fünf weitere Bundesstellen in die departementsübergreifende Steuerungsgruppe des Programms Projets urbains einbezogen. Das Patronat tragen gemeinsam der SSV und der Schweizerische Gemeindeverband.

Samuel Thomi

In der ersten Phase wurden Projekte in Baden, Burgdorf, Montreux, Olten, Pratteln, Renens, Rorschach, Schaffhausen, Spreitenbach, Vevey und Yverdon-les-Bains unterstützt. In der zweiten, laufenden Phase von Projets urbains, erhalten Projekte in den Gemeinden Aarburg, Olten, Pratteln, Regensdorf, Rorschach, Schlieren, Spreitenbach, Vernier, Versoix und Vevey Unterstützung.

Auswertung der ersten Projektphase und Bausteine für eine gute Praxis: «Quartiere im Brennpunkt: gemeinsam entwickeln, vielfältig gestalten», Bern, 2013, 56 Seiten, gratis, www.bundespublikationen.ch Art. Nr. 812.086.d (également disponible en français/ disponibile anche in lingua italiana)

Weitere Informationen: www.projetsurbains.ch oder projetsurbains@are.admin.ch